Nr. 260 XXVII. Jahrgang

Mittwoch, 24. September 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 34 mm breite Kolonelzeile kostet 70 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 3.50, mit Platzvorschrift M. 5.—. Für Lehren- oder Stellenangebote 10 % Preisermäßigung. Bei Wiederholungen und Jahresumschlägen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Auf Familienanzeigen, Gesuche und Vereinsanzeigen amtliche Bekanntmachungen 25 % Sondertarifen. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Zweigbüros und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 3.70, vierteljährlich M. 5.10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.10, vierteljährl. M. 3.10
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.35, „ „ 3.85
Postbezug im Ausland s. Einsetzung in die Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.00, nach dem Auslande M. 1.50.
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Die Beuteverteilung im Orient

Von unserm ⊙-Mitarbeiter

Rotterdam, 20. September

Nach einem kurzen Federstreit, den die Pariser Blätter mit englischen Zeitungen über die Durchführung des anglo-französischen Vertrages und die Aufteilung der asiatischen Türkei ausgefochten haben — die Funktionäre des französischen Auswärtigen Amtes standen hinter den agressiven Zeitungen „Echo de Paris" und „Gaulois" —, ist Ruhe eingetreten, denn es beginnt jetzt in Paris eine strengvertrauliche Konferenz zwischen den Fachmännern des Quai d'Orsay und des Foreign Office über die Verwirklichung des französisch-englischen Orient-Vertrages. Diese Besprechungen sollen, nach einem alten Grundsatze der Pariser Preßtaktik, vorerst nicht durch publizistische Kundgebungen gestört werden. Wenn sich die Engländer etwas störrisch benehmen sollten, dann erhält die französische Regierungspresse einen Wink, um, nach näher zu bestimmenden Argumenten, den „Alliierten" etwas kräftig anzufassen.

Die Entschlossenheit der halbamtlichen Organe Frankreichs, den „bundesfremdlichen Nachbar", nämlich England, bei gewissen Anlässen mit einer ausgesprochenen Heftigkeit, wenn nicht Grobheit, zu behandeln, ist ein Novum in der französischen Taktik. Seit den Tagen von Faschoda ist es nicht mehr vorgekommen, daß sich die Pariser Zeitungen so kräftig über die „Perfidie" Englands ausgelassen haben, wie anläßlich des „Mißverständnisses über Syrien", wo doch von vollzogenen Tatsachen überhaupt keine Rede sein kann. Die französische Regierung scheint sich gegen die britischen Expansionsbestrebungen in Vorderasien mit aller Kraft zu wehren und läßt von den Blättern, die, sei es aus politischen, sei es aus finanziellen Gründen, hinter der Gewinnung Syriens, Anatoliens, des Libanon für Frankreich eintreten, sofort Sturm blasen, wenn sie mit englischen Maßnahmen nicht einverstanden ist. Früher — nach dem Zustandekommen der entente cordiale und der Dreiententente — würde es kein französisches Blatt gewagt haben, den englischen Verbündeten irgendwelcher Pläne gegen die französische Orient-Politik zu verdächtigen. Kaum ist der Krieg zu Ende, so tritt in der Pariser Presse eine heftige, mißtrauische Note gegen England zutage, die in London (von der „Morning Post", dem konservativen Blatte) sehr unangenehm empfunden und als „Folge der nervösen Ueberreizung infolge des langen Krieges" erklärt wird. Jedenfalls merkt man in englischen Regierungskreisen, daß in Paris eine andre publizistische Tonart gegen den Alliierten angeschlagen wird als vor dem Kriege und während desselben bis zum Abschluß des Versailler Vertrages.

Die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen treffen überdies den empfindlichsten Punkt der französischen Kolonialpolitik, nämlich die Pläne wegen der Erhebung Syriens zu einem Schutzstaate der französischen Republik, die nach innen eine „antiklerikale" Richtlinie verfolgt, nach außen aber wieder als die „älteste Tochter der Kirche" auftritt. In Syrien soll das Katholikenprotektorat den Weg freimachen für die systematische Eroberung des Landes. Der Plan, Syrien endgültig zu gewinnen, erhielt bekanntlich eine gänzlich neue Form zur Zeit des Ministeriums Poincaré (1912/13). Das von Poincaré, als Minister des Auswärtigen, entworfene Orient-Programm, in dem Syrien für Frankreich gefordert wurde, fand die Zustimmung der englischen Staatsmänner. Es dürfte kaum zu bezweifeln sein, daß Lord Kitchener im Jahre 1912 mit Poincaré, Paléologue und Picot über die Aufteilung des ottomanischen Reiches Besprechungen pflog, die vom Leiter des englischen Foreign Office Sir Edward Grey gutgeheißen wurden. Heute wird zugegeben, daß Kitchener mit der Pariser Regierung (im Jahre 1912) über diese Aufteilung verhandelte und den Wunsch Englands kundgab, ein arabisches Reich unter Emir Faisul zu stiften. Poincaré soll seine Zustimmung gegeben haben unter der Bedingung, daß Syrien an Frankreich käme. Die ergänzenden Verhandlungen mit Rußland betrafen Konstantinopel, die Dardanellen, Anatolien, Kaukasien, Kurdistan, Persien. Im Jahre 1916 kam ohne weitere Schwierigkeiten der franko-englische Orient-Vertrag zustande, dessen Grundlagen bereits im Jahre 1912 und im Herbste 1913 gelegt worden waren. Poincarés Vertrauensmann, Picot, und Sir Markus Sykes (der inzwischen gestorben ist), der Verherrlicher Arabiens, zeichneten das Abkommen, das heute von maßgebender britischer Seite als der „Eckstein der asiatischen Politik Englands" bezeichnet, von französischen Staatsmännern wegen seiner übertriebenen „Begünstigung der mohammedanischen Welt durch England" als bedenklich angesehen wird.

Der Schwerpunkt der vertraulichen Pariser Verhandlungen wird in der Abgrenzung des arabischen Reiches (unter der nominellen Herrschaft des Emir Faisul und unter englischem Protektorate) liegen. Frankreich will Damaskus ins libanesische Gebiet einbeziehen, England hält diese Lösung für gefährlich, weil es im Falle eines Konfliktes der Araber mit den Franzosen in eine sehr heikle Lage geriete. Es ist zweifelhaft, ob englische Gegner eines arabischen Reiches triumphieren werden. Kitcheners Idee findet noch immer in den konservativen Kreisen Englands großen Rückhalt. Auf französischer Seite empfindet man die auf Aussöhnung mit dem Islam gerichtete englische Politik sehr unangenehm und wittert dahinter allerlei Pläne, die eines Tages dem französischen Besitztum in Nordafrika und in Kleinasien schädlich sein könnten. Vertrauen bringen die französischen Orient-Kenner den Engländern nicht entgegen, sie rechnen aber mit den Wirkungen einer Einschüchterungspolitik gegen den „Alliierten".

Annahme des Friedens in Frankreich

⊙ Rotterdam, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Der „Courant" meldet aus Paris: Die Annahme des Friedensvertrages in der Kammer erfolgte bei zahlreicher Stimmenenthaltung der Sozialisten. Der Senat wird am kommenden Montag den Vertrag ratifizieren.

*

Die Unterzeichnung in Versailles

Aus Versailles meldet das Wolff-Bureau vom 22. d.: Frhr. v. Lersner unterzeichnete heute nachmittag 4 Uhr im Trianon-Palasthotel in geschlossener Sitzung das mit den alliierten und assoziierten Regierungen vereinbarte Protokoll betr. Artikel 61 der Reichsverfassung. Auf seiten der Alliierten unterzeichneten für Frankreich Botschafter Jules Cambon, für England Sir Eyre Crowe, für Amerika Unterstaatssekretär Polk, für Italien Minister Scialoja, für Japan Botschafter Matsui.

*

Die Ruhr-Kohlen für Frankreich

* Berlin, 23. September. Zu der Lieferung von 500 000 Tonnen Ruhr-Kohle an Frankreich heißt es in der „Deutschen Allg. Ztg.", daß diese Mengen auf die im Friedensvertrage vorgesehenen Lieferungen nach dessen Ratifizierung angerechnet werden sollen. Die Lieferungen haben bereits begonnen und beruhen auf freier Vereinbarung. Man ging dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß es zweckmäßig sei, wegen der verzögerten Ratifizierung des Friedensvertrages schon vorweg mit den Lieferungen zu beginnen, um eine Ueberstürzung in den späteren Lieferungen zu vermeiden und eine bessere Verteilung der Kohle zu ermöglichen.

*

Der Kaiser-Prozeß

× Versailles, 22. September. Die Pariser Morgenpresse verbreitet die Nachricht aus London, der Attorneygeneral Sir Gordon Hewart habe den Bericht über den gegen Kaiser Wilhelm geplanten Prozeß beendet. Der Bericht setze den Zeitpunkt der Verhandlungen nicht fest, erwäge aber, wo der Gerichtshof zusammentreten könne, ob in London, Dover, Margit, Scapa Flow oder Helgoland. (!) Der Bericht soll dem Fünferrat überwiesen werden.

*

Behinderung des deutschen Handels

× Amsterdam, 22. September. Reuter meldet aus Melbourne vom 18. d. M., daß einige deutsche Waren, die über Amerika in Australien eingeführt wurden, von den Zollbehörden angehalten wurden. Sie sollen vernichtet werden.

* Rotterdam, 23. September. Der Oberste Wirtschaftsrat, der augenblicklich in Brüssel tagt, beschloß die Errichtung eines ständigen Ausschusses. Er besprach die Rolle, die Deutschland auf diejenigen Waren legen darf, die das rechte Rhein-Ufer passieren. Ferner besprach er die Statistik der Rohstoffe, die Waren aller Art, die nur die Alliierten herstellen sollen und die gegen andre Waren, die nur Deutschland besitzt, ausgetauscht werden dürfen.

Auch ein Volksurteil

* Wien, 23. September. Die Einschreibungen in die italienischen Schulen haben, wie aus Bozen gemeldet wird, ein nicht sehr erfreuliches Ergebnis gehabt. Zwischen Bozen und Salurn und in den Gemeinden des Etsch-Tales bloß vier bis acht Kinder von ihren Eltern in die italienischen Schulen geführt worden. In Bozen wird die Zahl der Kinder geheimgehalten, jedenfalls ein Zeichen, daß die Hoffnungen der Italiener arg enttäuscht wurden. Tatsache ist, daß in den deutschen Knaben- und Mädchenschulen neue Klassen errichtet werden mußten.

Lansing wehrt sich

× Haag, 22. September. Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterd. Courant" aus Watertown (New-York) stellte Lansing die Behauptung Bullitts in Abrede, daß er gegen den Friedensvertrag gewesen sei. Er drang auf sofortige Ratifikation des Friedensvertrages ohne Abänderung oder Vorbehalte.

Uebernahme österreichischen Eisenbahnmaterials

* Berlin, 23. September. Da die österreichische Staatsbahn infolge des Friedensvertrages verkleinert wird, sind zahlreiche Betriebsmittel überflüssig. Die preußische Staatsbahn übernimmt einen Teil davon. Dazu gehören auch mächtige, erstklassige Schnellzugslokomotiven, sechsachsig, mit Treibachsen und vier Zylindern.

Ein auto nomes Galizien

Nach dem „Echo de Paris" hat der Fünferrat sich mit der galizischen Frage beschäftigt. Die Bevölkerung besteht nur zu 40 v. H. aus Polen. Die Konferenz habe deshalb entschieden, daß Galizien als autonome Provinz durch ein internationales Statut einstweilen Polen angegliedert werden soll, daß aber später eine Volksabstimmung endgültig über das Schicksal Galiziens entscheiden werde.

Die Ukrainer und Denikin

× Berlin, 22. September. Nach einer Flugpostmeldung des ukrainischen Pressedienstes aus Kamenez-Podolsk sind die Versuche der Ukrainer, mit Denikin eine Demarkationslinie zu vereinbaren, an Denikins Forderung einer bedingungslosen Unterstellung der ukrainischen Truppen unter seinen Befehl gescheitert. Infolge kräftiger Verteidigungsmaßnahmen der Ukrainer ist es an verschiedenen Berührungspunkten, wie bei Tiraspol am Dnjestr und bei Biela-Zerkow, zu heftigen Kämpfen gekommen. Diese Kämpfe beeinflussen den noch nicht abgeschlossenen Feldzug gegen die Bolschewisten in der Ukraine. Die südliche Bolschewistenarmee, die früher am Dnjestr und bei Odessa stand und infolge der Einnahme von Kijew zwischen Petljuras und Denikins Truppen eingeschlossen war (angeblich über 40 000 Mann), marschiert jetzt, die Lage ausnutzend, über Skwira und Biela-Zerkow in Richtung auf Kijew und kann nächstens für die Armee Denikins bei Kijew bedrohlich werden.

Die Veröffentlichung der Dokumente

Die Enthüllungen des neuen österreichischen Rotbuches haben nicht nur in Deutschland und Oesterreich, sondern auch bei der Entente das allergrößte Aufsehen erregt. Die Entente erläßt, nach Pariser Meldungen, bereits Maßnahmen, um einen der Hauptschuldigen am Ausbruch des Weltkrieges zur Verantwortung zu ziehen:

⊙ Genf, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) „Homme libre", der „Temps", „Echo de Paris" und „Journal" schreiben übereinstimmend, daß die Alliierten aus Grund der Veröffentlichung der Wiener Akten zum Kriegsausbruch die Auslieferung und Aburteilung des Grafen Berchtold an erster Stelle verlangen werden.

⊙ Rotterdam, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) „Times" kündigen gestern in Pariser Telegrammen das Verlangen der Alliierten an Oesterreich nach Aushändigung aller Geheimdokumente aus Wiener Archiven an.

* Genf, 23. September. Die österreichischen Veröffentlichungen der neuen Dokumente über die Schuld am Kriege erregen hier das größte Aufsehen. Die Blätter veröffentlichen lange Auszüge aus dem Wiener Rotbuch und drucken auch umfangreiche Kommentare der Berliner Tageszeitungen ab.

⊙ Berlin, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Unabhängigen beantragen für die erste Sitzung der Nationalversammlung die unverzügliche Veröffentlichung der deutschen Geheimakten zur Vorgeschichte des Krieges an Hand der Kautskyschen Vorarbeiten.

Nach einer Meldung aus Berlin ist die Veröffentlichung der deutschen Dokumente nicht, wie mehrfach angenommen wird, von der Regierung absichtlich verzögert worden. Die Veröffentlichung wird nicht nur sachlich durchaus vollständig und aufs genaueste zuverlässig sein, sondern sie wird auch mit aller möglichen Beschleunigung betrieben. Die Dokumente über die Zeit vom Serajewoer Mord bis zum Kriegsausbruche werden bereits im Laufe des Oktobers vorliegen.

Eine deutsche Note über Birkenfeld

× Paris, 22. September. (Havas.) Freiherr v. Lersner übergab Pichon eine Note, in der gegen die Haltung des Majors Bastiani protestiert wird, der anläßlich der Unruhen in Birkenfeld versucht hatte, in diesem Lande eine unabhängige rheinische Republik ausrufen zu lassen.

* Düsseldorf, 23. September. Der rheinische Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei hat auf seiner Tagung in Köln folgenden Beschluß gefaßt: „Der zweite rheinische Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei hält eine Fühlungnahme der politischen Parteien im besetzten Gebiet zu einheitlichem Handeln gegen die Sonderbündeleien für geboten, um allen Loslösungsbestrebungen wirksam entgegenzutreten. Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei, die für Loslösungsbestrebungen eintreten, sind ohne weiteres aus der Parteiorganisation auszuschließen." — Nach einer Meldung aus Mainz erscheint dort unter dem Titel „Echo du Rhin" seit Sonntag eine französische Tageszeitung als erstes derartiges Unternehmen im Rheinland.

*

Schwerer Zusammenstoß in Saarbrücken

* Saarbrücken, 23. September. In diesen Tagen ist es zwischen Saarbrückener Bürgern und französischen Soldaten zu einem schweren Zusammenstoße gekommen, wobei auf französischer Seite an 100 Mann beteiligt waren. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzungen. Etwa 15 deutsche Bürger wurden wegen des Angriffes auf französische Militärpersonen verhaftet.

*

Gegen die Autonomie Oberschlesiens

In Hindenburg hat sich der „Berl. Börsenztg." zufolge ein außerordentlicher Bezirkstag der sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens entschieden gegen die staatliche Autonomie Oberschlesiens ausgesprochen. — Von zuständiger Berliner Stelle wird mitgeteilt: Die neuerlich in der Presse aufgetauchte Behauptung, daß angebliche Differenzen zwischen der Reichs- und der preußischen Regierung von irgendeinem Einfluß auf die Festsetzung des Termins für die Erteilung der provinziellen Autonomie an Oberschlesien seien, entspricht nicht den Tatsachen.

Zur Errichtung des Freistaates Danzig

Der Wirtschaftsausschuß für die Freie Stadt Danzig sandte, wie das Wolff-Bureau meldet, an den Obersten Rat in Paris folgendes Telegramm:

Die Art. 100, 102 und 105 des Friedensvertrages bestimmen für das Gebiet der Freien Stadt Danzig die Abtrennung vom Deutschen Reiche und für seine Bewohner den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, ohne daß gleichzeitig die Konstituierung der Freien Stadt Danzig erfolgte. Der gesetzlose Zustand in der Zwischenzeit kann nur den völligen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens herbeiführen. Der Aufbau der Freien Stadt Danzig muß in Rücksicht auf ihren internationalen Charakter auf durchaus sicheren Grundlagen erfolgen. Daher muß der von den alliierten Mächten einzusetzende Oberkommissar im Augenblick des Inkrafttretens des Friedensvertrages in Danzig sein, um die schwierigen Bestimmungen der Art. 102 und 104 ihrer schleunigen Erledigung entgegenzuführen und so einer grenzenlosen Verwirrung vorzubeugen. Wir bitten den Obersten Rat dringend, die Konstituierung der Freien Stadt Danzig und die Entsendung des Oberkommissars unverzüglich in die Wege zu leiten und erbitten eine rasche Entscheidung, zumal Danzig unter den Schutz des Völkerbundes gestellt ist. Wirtschaftsausschuß für die Freie Stadt Danzig. gez. Kommerzienrat Wieler.

Ein Notschrei aus Wien

Von unserm id-Mitarbeiter

Wien, 18. September

Eine amtliche Hiobspost schwirrt heute durch Wien und bleicher Schrecken ist auf allen Gesichtern zu lesen. Die Kohlenkatastrophe, so oft angekündigt, so oft verschoben, steht nun unmittelbar bevor und die Kohlennot ist so drohend furchtbar geworden, daß in drei Tagen der ganze Straßenbahnverkehr, dieses nur mehr einzig Großstädtische in der Millionenstadt Wien, eingestellt wird. Die Regierung kündigt es für den 21. an und verfügt zugleich die Sperre aller öffentlichen Lokale und Privathäuser für 8 Uhr abends. Eine teilweise Drosselung des Straßenbahnverkehrs hat man ja schon vor einigen Monaten mitgemacht, aber eine völlige Aufhebung dieses Verkehrs noch nicht. Man muß sich vorstellen, was die Maßregel für die äußeren Bezirke, deren Bewohner im Stadtinnern in Arbeit oder sonstiger Verwendung stehen, bedeutet, um die Aufregung zu ermessen, die dadurch hervorgerufen wird.

Und diese Erregung ist um so größer, da uns als einziger Lichtpunkt im sonst mörderischen Friedensvertrage von St.-Germain die Sicherung des Kohlenbedarfs durch Zufuhren aus Tschechowien und Polen verbrieft wurde. Aber freilich: die nähere Ausführung dieser Bestimmung hat erst die Wiedergutmachungskommission zu bestimmen, und wann diese zusammentreten und sich auf etwas einigen wird, liegt derzeit noch ganz im Dunkel. Dazu kommt eine Unzahl ungünstiger Momente, die die jetzige Lage verschlimmern. In Prag und Berlin war in den letzten Tagen eine gemeinderätliche Abordnung aus Wien bei allen kompetenten Stellen wegen des Kohlenzuschubs und hat insbesondere in der deutschen Reichshauptstadt die wohlwollendsten Zusicherungen erhalten. Allein die oberschlesische Kohle, die wir seit jeher aus Deutschland beziehen, wird infolge der Streiks jetzt in geringerem Maße gefördert und darum steht nach Deckung des inländischen Bedarfs jetzt weniger zur Ausfuhr zur Verfügung. Und dieses wenige hinwieder kann, weil Deutschland Lokomotiven und Waggons an Frankreich abtreten mußte, nicht befördert werden. Die Ostrauer Kohle ferner, die die zweite große Alimentierung des Wiener Bedarfs bildet, ist jetzt der Zankapfel zwischen Tschechen und Polen. Um „Teschen", wobei es sich in der Hauptsache nicht um diese Stadt, sondern um das Ostrau-Karwiner Kohlenrevier handelt, streiten Prag und Warschau, was wieder die Produktion lähmt und den Transport behindert. So steht Wien vor der Katastrophe.

Aber diese trifft nicht allein Trambahn, Gas- und Kaffeehäuser. Es handelt sich um weit mehr. Es sind in Wien 514 500 Küchenbrandkarten ausgegeben worden, die zum Bezuge von 20 Kilogramm Braunkohle oder 15 Kilogramm Steinkohle pro Woche und Brand berechtigen. Dies gibt einen täglichen Bedarf von 1715 Tonnen Braun-, bzw. 1286 Tonnen Steinkohle. Wollte man den Kohlenbrand durch Holzbrand ersetzen, so würden bei einer Wochenmenge von 20 Kilogramm täglich 172 Waggon Holz für die Küchenbrandversorgung notwendig sein. Da jedoch der Heizwert des Holzes geringer ist als der der Kohle (Holz: 3000 bis 3500 Kalorien, Braunkohle: weit über 4000 Kalorien), so braucht Wien täglich 300 Waggon Holz. Rechnet man einen Waggon Holz mit 20 Raummetern und diese gleichgehalten 7 Bäumen, so ergibt dies 2520 Bäume, d. i. während der Dauer des Winters, also in 200 Tagen, eine halbe Million Bäume, womit der Küchenbrand und ein ganz bescheidener Zimmerbrand gedeckt wäre.

Von weiter her kann das Holz wegen der hohen Transportkosten nicht gebracht werden, es fiele also der Wiener Wald zum Opfer, von wo schon jetzt während des ganzen Sommers die ärmere Bevölkerung Holz hereinschleppt, gerodelo, wie sie die alten Prater-bäume der Rinde beraubt. Der Wiener Wald, Wiens herrliche Umgebung, das Lustreservoir, das seine Gesundheitsverhältnisse so stark beeinflußt, würde niedergelegt werden und 360000 unterernährte Wiener Kinder — soviel, nämlich 64 Prozent aller Kinder befinden sich in schlechtem Ernährungszustand — laufen Gefahr, die „Wiener Krankheit", d. i. der Tuberkulose, zu verfallen. Mit jedem Waggon Kohle werden 20 Wiener-Wald-Bäume gerettet und damit mittelbar Leben und Gesundheit unterernährter Kinder, und darum ergeht ein Notschrei von Wien überallhin, wo Menschen wohnen und menschliche Gefühle noch nicht ausgestorben sind, daß Wien von der Kohlennot erretten und die Kohlenkatastrophe vermieden werde.

*

Die Unterstützung durch Deutschland

× Wien, 22. September. Ueber ein Gespräch, das der österreichische Geschäftsträger in Berlin Dr. Ludwig Hartmann mit dem Reichspräsidenten Ebert in der Kohlenfrage führte, sind in die Presse Einzelheiten gelangt, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten. Hartmann fragte Ebert am Sonnabend wegen einer einmaligen Hilfe über die vertragsmäßige Lieferung hinaus. Ebert erklärte sich bereit, mit den zuständigen Stellen zu sprechen und das Nötige zu veranlassen. Eine bindende Zusage konnte den Umständen entsprechend nicht gemacht werden. Die Zusage des Reichspräsidenten bürgt aber dafür, daß, sofern es die Schwierigkeiten, in denen sich die Kohlenversorgung Deutschlands selbst im Augenblick befindet, nur einigermaßen gestatten, dem deutsch-österreichischen Volke Hilfe von seinen nördlichen Nachbarn geboten werden wird.

*

Der Kohlenlieferungsvertrag mit Tschechowien

× Wien, 22. September. Die Staatskorrespondenz meldet: Wie der Gesandte der tschecho-slowakischen Republik dem Staatskanzler mitteilte, wurde der zwischen der deutsch-österreichischen und der tschecho-slowakischen Regierung am 18. August in Prag abgeschlossene Kohlenlieferungsvertrag vom Prager Ministerrate ratifiziert. Die trostlose Lage Wiens erfährt aber erst eine Besserung, wenn auf Grund des Vertrages dauernd die vollen Vertragsmengen aus den tschecho-slowakischen Revieren zur Verladung gelangen. Staatssekretär Terdik reist Dienstag nach Prag und hierauf nach Berlin, um bei den maßgebenden Stellen auf bessere Belieferung Oesterreichs mit Kohlen hinzuwirken.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190924/1